

**Kleine Anfrage** der Fraktion der SPD**Negative Umweltauswirkungen des Exports von Plastikmüll**

Der Export von Plastikmüll in den Globalen Süden geht in der Regel mit negativen ökologischen Folgen einher, die sich sowohl auf die Menschen als auch auf die Tier- und Pflanzenwelt dieses Erdteils in Form von Verunreinigung der Luft, des Bodens und der Gewässer auswirken. In der Konsequenz verenden laut Studien jährlich 100 000 Meeressäuger und eine Million Meeresvögel. Aber auch Landtiere sind von den Auswirkungen betroffen.

Um dieses Problem effektiv zu bekämpfen, bedarf es eines Verbots des Exports von Plastikabfällen. Eine Lösung könnte in diesem Fall sein, den Recyclingprozess vor Ort im Land Bremen umzusetzen. In Zeiten, in denen „Cradle to Cradle“ oder Kreislaufwirtschaft stark an Bedeutung gewinnen und sich anschicken, unsere Entsorgungskultur zu revolutionieren, ergibt sich für die Schwesterstädte Bremen und Bremerhaven daraus ein Potenzial, eine Vorreiterrolle bei der nachhaltigen Nutzung von Rohstoffen einzunehmen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die ökologischen Auswirkungen des Exports von Plastikmüll?
2. Wie beurteilt der Senat die rechtlichen Möglichkeiten, die im Land Bremen ansässigen Unternehmen per Landesgesetz dazu zu verpflichten, Plastikmüll im Land Bremen dem Recycling zuzuführen?
3. Wie beurteilt der Senat die wirtschaftlichen Möglichkeiten, Plastikmüll im Land Bremen dem Recycling zuzuführen?
4. Wie beurteilt der Senat die technischen Möglichkeiten, Plastikmüll im Land Bremen dem Recycling zuzuführen?
5. Sofern eine solche Verpflichtung per Landesrecht nicht möglich ist: Könnte ein solches Exportverbot und Recycling-Gebot auf Bundesebene verfügt werden oder wäre das ausschließlich auf EU-Ebene möglich?
6. Wie viele Tonnen Plastikmüll werden jährlich aus dem Bundesland Bremen exportiert, und wie hoch ist der Anteil am nationalen Exportaufkommen von Plastikmüll?
7. Welche konkreten Schritte hat der Senat in den letzten Jahren zur Reduzierung und Vermeidung von Plastikmüll im Land Bremen getroffen?
8. Welche wirtschaftlichen Potenziale erkennt der Senat in der nachhaltigen Nutzung von Rohstoffen für die Städte Bremen und Bremerhaven?

Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD